

Pastorenmangel vorbeugen, Kirchaustritte reduzieren

2030 werden laut Angaben der evangelischen Nordkirche von 2015 die Hälfte der 1.700 Pastoren, die aktuell tätig sind, in den Ruhestand gegangen sein. Aber nur knapp die Hälfte dieses Bedarfs wird mit den 300 Berufsanfängern im selben Zeitraum gedeckt werden können. Die Kirche hat bereits selbst ein Gesetz auf den Weg gebracht, um „weiße Flecken“ zu vermeiden. Ihr Ansatz ist, in pastoral gut ausgestatteten Kirchenkreisen nur dann Ausschreibungen zuzulassen, wenn zu viele Pastoren in den Ruhestand gehen, um zu gewährleisten, dass die Kirche weiterhin in der Fläche vertreten ist. Laut dem Forschungszentrum Generationenverträge an der Universität Freiburg wird sich im Bundesdurchschnitt die Mitgliederzahl der evangelischen und katholischen Kirche bis 2060 halbiert haben. Laut der Studie ist hier nicht nur die demografische Entwicklung das Hauptproblem für die Austritte, sondern auch Steuererhöhungen, Vertrauensverluste und fehlende Identifikation mit der Kirche. Eine Trennung zwischen Staat und Kirche ist wichtig, aber es ist keine strikte Trennung zwischen Kirche und Staat, sondern ein kooperatives und verschränktes Modell, welches wir in Deutschland haben. Deswegen ist es auch Aufgabe der Politik die richtigen Rahmenbedingungen zu geben. Das Christentum ist Teil unserer Kultur und beinhaltet weltvolle Werte, auf denen unsere Gesellschaft aufbaut.

Das Thema Religiosität hat aus unserer Sicht eine höhere Beachtung in der Gesellschaft verdient, und wir sollten mehr Menschen Anreize geben, sich mit ihrem persönlichen Glauben auseinanderzusetzen. Die Kirche bietet neben der persönlichen Entwicklung als Mensch auch wichtige gesellschaftliche und soziale Angebote, die der Allgemeinheit nutzen. Diese Aufgaben müssten ohne die kirchlichen Träger durch den Staat gewährleistet werden.

Zum einen möchten wir die Ausbildung von kirchlichen Mitarbeitern, Fachschulen oder Universitäten unterstützen, um eine gesellschaftliche religiöse Diversität zu gewährleisten und erhalten. Darüber hinaus kann man in der Schule mehr Angebote bieten, offen über seinen Glauben zu sprechen und durch Bildungsangebote verschiedener Religionen das Thema Glaube im Allgemeinen wieder mehr in der Gesellschaft zu verankern.

In unserer modernen Gesellschaft ist das Thema Glaube nicht mehr besonders präsent in den Familien. Daher ist es wichtig, ein alternatives Angebot zu schaffen, damit insbesondere junge Menschen mehr in Berührung mit Glauben kommen. Dies schafft die Möglichkeit seine Religionsmündigkeit ausüben zu können.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- Das christlich-jüdische Kulturerbe zu wahren
- Plattform für religiösen Austausch bieten, z.B. im Religionsunterricht
- Unterstützung der Kirchen bei der Weiterentwicklung der theologischen Ausbildung